

# «Die Schweiz ist aufgewacht aus dem Traum des ewigen Friedens»

- 28.02.2022
- 20 Minuten Zürich

Nun wird die Forderung laut, dass die Armee jährlich 7 Milliarden Franken erhalten solle - 2 Milliarden mehr als bisher. ?omin/s. gi ausfr ZÜRICH. Die Armee massiv aufrüsten: Diese Diskussion hat auch die Schweiz erreicht. Deutschland teilte gestern mit, dass es seine Rüstungsausgaben erhöhen wird (Box rechts).

Und die Schweiz? «Die Situation in Osteuropa zeigt, dass die Aufstockung absolut notwendig ist», sagt Werner Salzmann. Der SVP-Ständerat, Präsident der sicherheitspolitischen Kommission (SiK), hat schon vor Jahren eine Erhöhung der Investitionen auf rund ein Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) beantragt. Das wären sieben Milliarden Franken pro Jahr, entgegen dem heutigen Armeebudget von jährlich fünf Milliarden. Und SVP-Nationalrat Thomas Hurter, auch SiK-Mitglied, meint, dass der Armeebestand um 20000 Personen erhöht werden müsse, denn bei einer Generalmobilmachung könnten kaum die 100 000 Soldaten einrücken, die nötig wären. Auch der Kampf jetkauf wird jetzt wieder ein Thema.

Grüne, SP und die Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA) sammeln für eine Initiative, die den Kauf des F-35 verhindern soll. FDP-Präsident und Ständerat Thierry Burkart forderte nun die Initianten auf, die Unterschriftensammlung einzustellen. «Wenn der Ukraine-Konflikt etwas zeigt, dann, wie wenig Kampfjets zur Verteidigung ausrichten können und wie wichtig Diplomatie ist», kontert Grünen-Nationalrätin Marionna Schiatter. Und SP-Nationalrätin Priska Seiler Graf ärgert sich darüber, dass aus der Situation in der Ukraine politisches Kapital geschlagen werde: «Das ist geradezu pietätlos.» So kurz nach Kriegsausbruch diese Forderung aufzustellen, sei unseriös.

Die Initiative zurückzuziehen komme somit nicht infrage. Experten gehen davon aus, dass die Situation in Osteuropa einen Einfluss haben wird auf die Bereitschaft der Schweiz, Geld in die Verteidigung zu investieren. «Europa und die Schweiz sind aufgewacht aus dem Traum des ewigen Friedens», sagt Dominik Knill, Präsident der Schweizerischen Offiziersgesellschaft. SP-Nationalrätin Min Li Marti meint dagegen, dass die Bedrohung im Bereich der Cybersicherheit liege: «Wir müssen uns jetzt insbesondere vor Cyberattacken auf kritische Infrastrukturen und vor Desinformationskampagnen noch besser schützen.»